
Erwin Kristoffersen

Das Europa der Gewerkschaften

Erwin Kristoffersen, geb. 1932, war von 1959 bis 1967 Bevollmächtigter der IG Metall in Wolfsburg und Hameln und in der Zeit von 1968 bis 1973 Auslandsmitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in New Delhi und Bangkok. Er ist seit 1973 Leiter der internationalen Abteilung beim DGB-Bundesvorstand.

Der EGB, ein Papier-Tiger?

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) - mit 40 Mio. Mitgliedern in Westeuropa riesig groß - wird oft als „kraftlos“ als „Papiertiger“ bezeichnet. Schaut man allerdings genauer hin, ist diese, dem derzeitigen pessimistischen Zeitgeist entsprechende Feststellung, keineswegs angemessen.

Anlässlich der Gründung des EGB gab es womöglich übertriebene Vorstellungen von raschen und weitreichenden Erfolgen. Schon die ersten Schritte bewirkten Ernüchterung. 1973 hatte der Gründungskongreß den Auftrag erteilt, innerhalb eines Jahres ein Grundsatz- und Aktionsprogramm zu formulieren. Es wurden nacheinander sieben Entwürfe erstellt, die sich im wesentlichen durch den wachsenden Umfang unterschieden. Inhaltlich war die Tendenz erkennbar, daß die nationalen Organisationen versuchten, die jeweils eigenen Forderungen auf eine supranationale Ebene zu heben, um ihnen für den Hausgebrauch mehr Rückhalt zu verschaffen. So wurde neben mehr Mitbestimmung, eine Forderung deutscher Herkunft, z. B. auch ein arbeitsrechtlicher Ombudsmann gefordert, für den in den Ländern mit entwickelter Arbeitsgerichtsbarkeit kein Bedarf bestand.

Beim außerordentlichen EGB-Kongreß 1974 in Kopenhagen wurde folglich kein Programm angenommen. Auch die Diskussion auf dem Kongreß zeigte deutlich, in welchem Ausmaß unterschiedliche nationale Entwicklungen, Grundsätze und Situationen auch inhaltliche Positionen voneinander abgrenzten. Mit Mühe konnte man sich auf gemeinsame Grundsatzforderungen einigen: Erhaltung der Vollbeschäftigung, weiteres Wirtschaftswachstum mit Geldwertstabilität, mehr soziale Sicherheit. Der auf dem Kongreß 1974 neugewählte EGB-Präsident, der damalige DGB-Vorsitzende, Heinz O. Vetter, stellte in seiner Einführungsrede damals fest, daß auch das gewerkschaftliche Europa erst noch lernen müsse, „mit einer Stimme zu sprechen.“ Das schien ein langer, dornenvoller Weg werden zu sollen. Nimmt man diese Ausgangssituation, dann ging es mit der Entwicklung von Grundsätzen und Zielen schnell voran: Kongreß 1976 - Annahme von im Detail festgelegten Aktionszielen; Kongreß 1980 - Annahme eines Aktionsprogrammes. Die Mitgliederentwicklung in den ersten Jahren stützte das Ziel, eine Westeuropa umfassende Organisation zu schaffen. Von 19 Organisationen aus 14 Nationen mit ca. 17 Mio. Mitgliedern entwickelte sich der EGB zu einem Bund von 32 Organisationen aus 19 Nationen mit ca. 40 Mio. Mitgliedern. So eindrucksvoll diese Zunahme in relativ kurzer Zeit anmutete, muß man doch eingestehen, daß der EGB sehr viel Zeit und Kraft aufgewandt hat, um die Aufnahme weiterer Organisationen zu beraten. Das begann bei der ersten Vorstandssitzung und ist immer noch nicht ganz erledigt.

Konsensfähigkeit oder Repräsentativität

Im Gegensatz zum EGB-Vorgänger EBF (Europäischer Bund Freier Gewerkschaften), der nur das Gebiet der EWG umfaßte und dem nur Mitgliedsorganisationen des IBFG (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften) angehörten, öffnete sich der EGB geografisch über den Bereich der EG hinaus auf ganz Westeuropa und überschritt auch die politisch/konfessionelle Grenze der Beschränkung auf IBFG-Mitglieder. Keine der Neuaufnahmen seit 1974 war problemlos. Entsprechend lange dauerten die Diskussionen der Einzelfälle. Das galt schon für die gemeinsame Aufnahme der Mitglieder der Europäischen Regionalorganisationen des WVA (Weltverband der Arbeit = vormals die christliche Gewerkschaftsinternationale), wobei insbesondere die nationale Konkurrenz freier und christlicher Gewerkschaften zu Konflikten führte. Sehr viel dramatischer ging es bei der Diskussion der Aufnahmeanträge kommunistisch beherrschter Organisationen zu. Schließlich wurde - auf Verlangen der beiden freigewerkschaftlichen italienischen Organisationen CISL und UIL - nur die italienische CGIL aufgenommen. CISL und UIL begründeten ihre Forderung damit, daß dies den Einigungsprozeß der drei unterstütze. Und wirklich hat sich die CGIL nicht als „trojanisches Pferd des Weltkommun-

nismus" erwiesen. Das hat sicher sowohl mit der damaligen Entschlossenheit zur Gewerkschaftseinheit in Italien (die gegenwärtig zumindest unterbrochen ist) und der besonderen italienischen Form des (Euro-)Kommunismus zu tun.

Die Aufnahmen der französischen CGT, der spanischen Arbeiterkommissionen und der portugiesischen Intersindical wurden abgelehnt. Dabei kam es auch zu grundsätzlichen Auseinandersetzungen über die Notwendigkeit eines allumfassenden (repräsentativen) oder eines konsensfähigen Europäischen Gewerkschaftsbundes. Der DGB ist immer für die Konsensfähigkeit eingetreten, bei der die gesellschaftspolitischen Vorstellungen der erwähnten kommunistischen Organisationen hinderlich wären, die aber wichtiger ist als die numerische Repräsentativität eines alle und jeden umfassenden EGB.

Wer den oft langwierigen Diskussionsprozeß im EGB zu Sachfragen beobachtet, muß wohl zu dem Schluß kommen, daß es an Meinungsvielfalt auch jetzt schon nicht mangelt, so daß die Hinzufügung weiterer ideologischer Strömungen die Einigungschance nachhaltig gefährden würde.

Daß eine umfassende Organisation nicht nur positive Seiten hat, zeigt schon die Ausdehnung des EGB über den Rahmen der EG hinaus: Es mangelt an gemeinsamen supranationalen Partnern/Gegnern auf Seiten der Arbeitgeber und der Regierungen. So müssen Forderungen und Ziele oft so allgemein gefaßt werden, daß sie auch noch für den EFTA-Bereich passen.

Aktionen zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik

Wurde über die Aufnahmeanträge der kommunistischen Gewerkschaften ausgiebig öffentlich diskutiert, so stand die außerdem geleistete Arbeit weniger oder gar nicht im Zentrum des Interesses. Auf diese Weise konnte sich der Papier-Tiger-Eindruck bilden, der lange auch mit der „mangelnden Befähigung zu gemeinsamer Aktion" begründet wurde. Damit waren allerdings wohl eher die *Aktionsformen* gemeint, die sich aufgrund verschiedener Temperamente, Traditionen und Positionen der Gewerkschaften in den Regionen zwangsläufig unterscheiden. Im Süden ist die demonstrative Massenaktion üblicher als im Norden. Heute wird erkennbar, daß im Norden Demonstrationsbereitschaft mit der Verschärfung wirtschaftlicher und sozialer Spannungen zunimmt, während im Süden Europas die Bereitschaft zur Teilnahme an Massendemonstrationen, die zu nichts führen, aus denselben Gründen abnimmt.

Der Annäherung der nationalen Bünde in Zielen und Inhalten folgt jetzt, wenn auch sehr viel zögernder, die Angleichung der Aktionsformen.

Je nach Vergleichsmaßstab fällt die Bewertung der Praxis des Europäischen Gewerkschaftsbundes unterschiedlich aus. Mißt man sie an der Aktionsfähigkeit nationaler Gewerkschaften in vielen westeuropäischen Ländern, bleibt der EGB immer noch ein ganzes Stück zurück. Vergleicht man Konsensbereitschaft und -fähigkeit des EGB mit denen der Regierungen in der EG, dann hat der EGB, der zudem einen größeren Raum umfaßt, in zehn Jahren mehr erreicht als die Regierungen in bald dreißig Jahren. In der Mitte der siebziger Jahre setzte der EGB gegenüber dem Europäischen Rat die „Tripartiten Konferenzen“ durch. Vertreter von Regierungen, Arbeitgebern und Gewerkschaften kamen, nach dem Muster der deutschen „Konzertierten Aktion“, zur gemeinsamen Abstimmung von Maßnahmen zusammen. Nach hoffnungsvollen Ansätzen in den Jahren 1974 und 1975 brachte die Verschärfung der Krise auch eine Verschärfung der Auseinandersetzungen mit sich. Ähnlich wie in der Bundesrepublik führte die mangelnde Konsensbereitschaft der Arbeitgeber und einiger Regierungen im Jahre 1978 zum Scheitern dieses „Tripartiten Dialogs“. Das lag sicher nicht an der mangelnden Bereitschaft der Gewerkschaften, zu gemeinsam tragbaren Lösungen der wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Probleme zu kommen.

Aus dem Scheitern zog der EGB die Konsequenz, mit eigenen Mitteln, nämlich mit einer „Beschäftigungspolitischen Aktion“, auf die Entscheidungen der Regierungen und Arbeitgeber Einfluß zu nehmen. Dabei wurde die Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit erhoben. Die Übernahme dieses Ziels durch viele der nationalen Gewerkschaftsbünde folgte den unterschiedlichen nationalen Situationen. Heute sind sich die Mitgliedsorganisationen des EGB darin einig, daß die Verkürzung der Arbeitszeit in allen möglichen Formen ein unerläßliches Mittel ist, um die Zahl der Arbeitslosen (in den Ländern der EG gegenwärtig 12 Millionen) nachhaltig zu reduzieren. Neben die nationalen Maßnahmen der Gewerkschaften zur Durchsetzung ihrer Forderungen trat gerade zur Erringung der beschäftigungspolitischen Ziele immer deutlicher die gemeinsame europäische Demonstration. Am nachdrücklichsten zeigte das die Kundgebung des EGB anläßlich des Europagipfels 1983 in Stuttgart, zu der sich 80000 Gewerkschafter aus den Ländern Westeuropas versammelten.

Die Gewerkschaften und das Europa-Parlament

Auch wenn der EGB in seiner geografischen Ausdehnung über den Bereich der EG hinausgeht, bleibt die Gemeinschaft bisher insofern der Kernbereich, als in ihr europäische Institutionen als Partner/Gegner des EGB bestehen, die supranationale Lösungen überhaupt erst möglich machen und in denen die Gewerkschaften mitwirken. Alle sind sich einig darin, daß die bestehenden

Institutionen akzeptiert und für die Durchsetzung der eigenen Forderungen genutzt werden müssen. Natürlich finden sich, wenn es um den Grad der europäischen Einigung geht, auch in den Mitgliedsbünden des EGB die jeweiligen nationalen Positionen wieder. Einzelne Organisationen wie der britische TUC und die dänische LO stehen der politischen europäischen Union sehr reserviert gegenüber und sind darum auch gegen die Ausweitung der legislativen Rechte des Europäischen Parlaments. Insgesamt setzte der EGB sehr viel Hoffnung in das erste direkt gewählte Europäische Parlament.

Eine Reihe führender Gewerkschafter, unter ihnen Heinz O. Vetter, bewarben sich denn auch für ein Mandat in diesem neuen Parlament. An ihnen liegt es sicher nicht, wenn die Gewerkschaften in der EG von den ersten fünf Jahren dieses Parlaments ziemlich enttäuscht sind.

Ganz ohne Zweifel bot dieses Parlament erstmalig ein Forum, gewerkschaftlichen Anliegen mehr Gehör zu verschaffen. Durch die Erörterungen der „Vredeling-Richtlinie“ zur Festlegung der Kontrollrechte der Arbeitnehmer in multinationalen Unternehmen, die Debatten zur Arbeitslosigkeit in Europa und zur Situation der berufstätigen Frauen, zu Menschenrechtsverletzungen und Einschränkungen gewerkschaftlicher Freiheiten, etwa in Polen und in der Türkei, wurde zusätzliche Aufmerksamkeit für gewerkschaftliche Argumentationen erreicht. Weniger positiv ist die Bilanz, wenn es um die Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen geht. Das liegt zum einen an den unzureichenden legislativen Rechten des Europa-Parlaments. Es rührt aber auch daher, daß die Bürger Europas vor fünf Jahren ein Parlament gewählt haben, das eher die konservativen Grundströmungen in den Mitgliedsländern der EG widerspiegelt, als daß es den Arbeitnehmern und ihren Familien eine angemessene Vertretung böte.

Dennoch setzen die Gewerkschaften in der EG ihre Hoffnungen weiterhin auf das Europäische Parlament. Aber es dürfte auch verständlich sein, wenn viele derer, die sich bei der ersten direkten Wahl zum Europaparlament engagiert haben, heute deshalb eine resignierende Haltung einnehmen, weil viele Erwartungen unerfüllt blieben. Der einzige Weg, zukünftig dem Europa der Arbeitnehmer auch politisch näherzukommen, führt über eine starke Wahlbeteiligung der Arbeitnehmer an der diesjährigen Wahl zum Europäischen Parlament.

Forderungen an die europäischen Institutionen

Es ist nur schwer zu verstehen, daß das Parlament einer Gemeinschaft, deren sämtliche Mitgliedsstaaten nach den Prinzipien der parlamentarischen

Demokratie aufgebaut sind und arbeiten, nur höchst unzureichende Rechte hat. Die 10 Staats- und Regierungschefs mit ihren Ministern üben in geradezu oligarchischer Art und Weise sowohl die legislativen als auch die exekutiven Funktionen aus. Das Prinzip der Einstimmigkeit bei allen Beschlüssen - sowohl in Fragen der Wirtschaftspolitik als auch z. B. beim Format eines gemeinsamen europäischen Passes - lähmt den Entscheidungsfluß zusätzlich.

Für die Gewerkschaften ist es unverständlich, daß auf den letzten Europagipfeln über Arbeitslosigkeit kaum gesprochen wurde, daß die besonders die Konsumenten berührenden Fragen des Agrarmarktes nicht zur Entscheidung kamen und daß die unschlüssigen Debatten über die Finanzierung die Gemeinschaft allmählich paralysieren. Während in der EG die höchsten politischen Repräsentanten kameralistische Probleme erörtern, überläßt man die Verhandlungen zur Überwindung der nuklearen Bedrohung Europas einigen Beamten der USA und der UdSSR.

Der Europäische Gewerkschaftsbund wie auch seine Mitgliedsbünde in der Gemeinschaft können es nicht einfach hinnehmen, daß spätestens seit dem Europagipfel in Stuttgart im Sommer 1983 die Entscheidungskraft in der Gemeinschaft immer mehr geschwächt wurde und daß europäische Lösungen zur Wirtschafts- und Beschäftigungskrise nicht gesucht, geschweige denn gefunden, wurden. Selbst die in einigen Ansätzen positiven Vorschläge der EG-Kommission, z. B. zur Arbeitszeitverkürzung, wurden nicht entschieden. Wichtige Schritte wären also: Das Prinzip einstimmiger Entscheidungen müßte zugunsten mehrheitlicher Entscheidungen im Europäischen Parlament und im Ministerrat aufgegeben und die Rechte des Europäischen Parlaments müßten ausgedehnt werden. An der Bereitschaft der Gewerkschaften zur Mitarbeit mangelt es nicht und auch nicht an Forderungen gegenüber den Institutionen.

Um endlich wieder ein Europa erkennbar werden zu lassen, das den Interessen der Arbeitnehmer gerecht wird, erwarten wir:

- Eine Investitionspolitik, die jetzt und in der Zukunft auf Arbeitsplatzhaltung und Arbeitsplatzbeschaffung ausgerichtet ist. Ausgangspunkt für diese Politik sollen neue öffentliche Investitionsprogramme von mindestens 1 Prozent des Bruttoinlandproduktes in den Bereichen Verkehr, Telefon- und Fernmeldewesen, Stadtsanierung und Umweltschutz sein;
- eine auf europäischer Ebene abgestimmte zehnpromtente Verkürzung der Arbeitszeit, mit dem Ziel der 35-Stunden-Woche, damit der Umfang der zur Verfügung stehenden Arbeit besser auf alle verteilt werden kann, die Recht auf einen Arbeitsplatz haben;
- Wahrung der realen Kaufkraft der Arbeitnehmer und Anhebung der unteren Lohngruppen, um die konjunkturpolitisch notwendige Nachfrage zu sichern;

Erhaltung und Weiterentwicklung der sozialen Sicherheit der Arbeitnehmer, besonders im Bereich der Arbeitslosenunterstützung und der Altersversorgung;
 spezifische Maßnahmen zugunsten einer besseren Beschäftigungsmöglichkeit für Frauen und jugendliche Arbeitnehmer;
 Ausbau der Wirtschaftsdemokratie auch auf europäischer Ebene, durch die die Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften verstärkt werden;
 Verhandlungen und Abkommen zwischen den westlichen Industrieländern mit dem Ziel einer gemeinsamen Politik zur Förderung des Warenaustausches, der Senkung und Begrenzung der Zinssätze sowie einer verstärkten Kontrolle der Kapitalbewegungen und Wechselkurse zur Bekämpfung der Spekulation;
 Ausbau einer gemeinsamen aktiven Politik der Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt im Rahmen globaler Entwicklungsprogramme;
 mehr Gehör für die Belange der Arbeitnehmer: Die Europäische Gemeinschaft muß den Gewerkschaften umfassendere Dialog- und Einflußmöglichkeiten einräumen.

Gewerkschaften wollen mehr politische Integration

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich nie mit der Beschränkung auf die wirtschaftliche Europäische Gemeinschaft zufrieden gegeben. Er gehörte immer zu den energischsten Verfechtern einer politischen Union Europas. Die Auseinandersetzungen um Fragen der nuklearen Rüstung haben überdeutlich gemacht, wie wichtig es ist, daß Westeuropa sich auch politisch als Einheit zeigt. Unbeschadet bestehender Bündnissysteme geht es nicht an, daß USA und UdSSR ohne europäische Beteiligung darüber entscheiden, ob und wieviele Atomraketen in Europa stationiert und auf Europa gerichtet werden. Es geht nicht um die Konstituierung einer eigenen westeuropäischen Verteidigungsgemeinschaft, wie sie neuerdings von einigen gefordert wird. Das kann die gefährdete Stellung Europas als Pufferzone zwischen den Großmächten nur noch schwieriger machen. Notwendig ist es allerdings, daß Europa auch politisch mit einer Stimme spricht und im Konzert der Großmächte eine eigene Rolle spielt. Auch hierin sind die Gewerkschaften in Europa den Regierungen vielleicht ein kleines Stück voraus: Sowohl in ihrem Europäischen Bund, dem EGB, als auch in ihrer Internationale, dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, haben sie schon lange gelernt, auch politisch mit einer Stimme zu sprechen.